

# TRENDS DES STUDENTISCHEN WOHNENS



**(DSW)** Die Studentenwerke in Deutschland erwarten, dass in den kommenden Jahren erheblich mehr und jüngere Studierende Wohnheimplätze nachfragen werden. Weiter stark steigen soll auch die Zahl ausländischer Studierender. Dieses Szenario entwarf Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW). „Die Studentenwerke bemühen sich nach Kräften, diesen zukünftigen Bedarf zu decken, aber uns fehlen weiterhin 20.000 Wohnheimplätze“, erklärte Meyer auf der

Heyde. Er forderte Bund und Länder auf, sich gemeinsam für mehr bezahlbaren studentischen Wohnraum einzusetzen.

Die demographische Entwicklung lasse bis zum Jahr 2020 einen Anstieg der Studierendenzahlen von heute rund 2 Millionen auf etwa 2,5 Millionen erwarten. „Viele Bundesländer verkürzen die Schulzeit bis zum Abitur auf acht Jahre; die Abiturientinnen und Abiturienten beginnen ihr Studium also früher“, führte er aus. Auch die aktuelle 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bilde diesen Trend ab. „Gerade am Anfang eines Studiums ist das Wohnheim sehr beliebt“, so Meyer auf der Heyde.

Die flächendeckende Umstellung auf die gestuften Abschlüsse Bachelor und Master unterwerfe die Studierenden, so der DSW-Generalsekretär, wegen der verdichteten Lehrpläne einem höheren Zeit- und Leistungsdruck. „Die Studierenden werden in Zukunft mehr Zeit auf dem Campus verbringen, die campusnahen Wohnheime werden noch attraktiver.“ Die Zahl der ausländischen Studierenden schließlich werde in den nächsten Jahren von derzeit 250.000 massiv anwachsen. „Ausländische Studierende“, kommentierte Meyer auf der Heyde, „bevorzugen das Wohnheim, weil es preisgünstig und sie dort schnell Kontakte knüpfen können. Für die Studentenwerke bedeutet das: Wir werden zukünftig mehr und jüngere Studierende mit Wohnheimplätzen versorgen müssen; sie werden intensiver und schneller studieren müssen, und der Anteil ausländischer Studierender wird weiter steigen“, bilanzierte Meyer auf der Heyde.

## WIE DAS STUDIUM FINANZIEREN?

**(DSW)** BAföG? Jobben? Ein Stipendium? Oder doch lieber gleich die Eltern fragen? Wer studieren will, muss sich Gedanken zur Finanzierung machen. Über 700 Euro durchschnittlich geben die rund zwei Millionen Studierenden derzeit in Deutschland im Monat für ihre Lebenshaltungskosten und Lernmittel aus, so die aktuelle Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW). Eine kompakte Orientierung zur Studienfinanzierung bietet der neue DSW-Flyer „Ein Studium finanzieren“. Angehende oder bereits Studierende, ihre Eltern und Lehrer finden darin, ge-

bündelt und übersichtlich dargestellt, alle Informationen, wie man ein Studium finanziert.

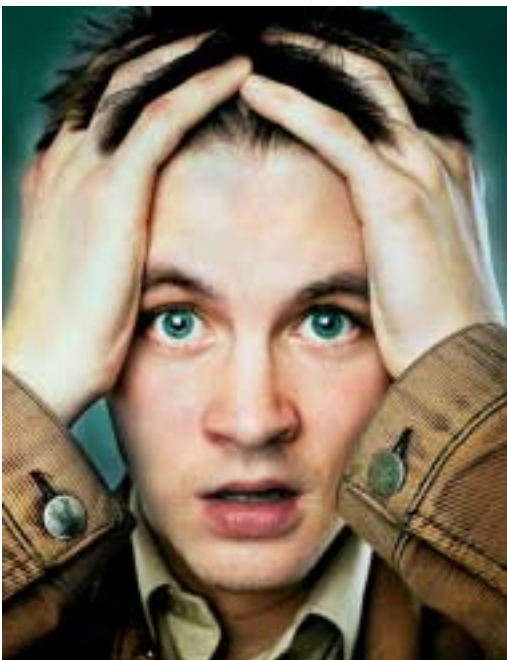
Die Studienfinanzierung ist eine Mischfinanzierung aus verschiedenen Quellen, das zeigt die Sozialerhebung klar. Die wichtigste Quelle: Mutter und Vater. 89 Prozent der Studierenden werden von ihren Eltern unterstützt, sie erhalten durchschnittlich 435 Euro im Monat. Es sind also die Eltern, die gesetzlich verpflichtet sind, die Hauptlast der Studienfinanzierung zu tragen. Die zweite Quelle: das Jobben neben dem Studium. 68 Prozent der Studierenden

arbeiten nebenher; die Hälfte von ihnen gibt an, sich nur so das Studium überhaupt leisten zu können. Knapp ein Viertel der zwei Millionen Studierenden erhält Förderung nach dem BAföG; ausschließlich vom BAföG finanzieren sich aber nur 1 Prozent. Stipendien und Studienkredite, die immer wieder als neue Instrumente der Studienfinanzierung diskutiert werden, haben bislang nur eine marginale Bedeutung: 2 Prozent der Studierenden finanzieren sich unter anderem über ein Stipendium, einen Bildungskredit nimmt lediglich 1 Prozent in Anspruch. Subjektiv schätzen die heutigen Studierenden ihre finanzielle Situation unterschiedlich ein. Der interes-

sante, aber nicht ganz überraschende Zusammenhang: Wer finanzkräftige Eltern im Rücken hat, fühlt sich sicherer. 74 Prozent der Studierenden aus einkommensstarken Familien sind der Meinung, dass die Finanzierung ihres Lebensunterhalts sichergestellt ist. Bei den Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten liegt der Anteil bei nur 46 Prozent. Der Flyer „Ein Studium finanzieren“ des Deutschen Studentenwerks steht im Internet zum Download bereit: [www.studentenwerke.de/pdf/FlyerStudium\\_finano5.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/FlyerStudium_finano5.pdf). Für Nachfragen stehen die Studentenwerke am jeweiligen Hochschulort zur Verfügung.

## URSACHEN DER ANGST VORM ZAHNARZT

**(WDR)** Selbst mit einer dicken Backe gehen viele Menschen nur ungern zum Zahnarzt. Die Angst ist oft größer als der Schmerz. Ein Kölner Mediziner hat seine Patienten befragt und eine Studie erstellt. Ergebnis: Arme leiden länger, Alter macht tapfer. Nummer 46 ist der Schlimmste. Der Backenzahn im rechten Unterkiefer ist bei jedem zehnten Patienten der



Grund für teils unerträgliche Schmerzen. Damit plagt Nummer 46 laut einer Studie des Kölner Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ebenso viele Menschen wie alle Schneide- und Eckzähne zusammen. „Sündige Zähne“ nennt Dr. Kinvaç Tunca, Spezialist für Parodontose, die Verursacher des Zahnwehs. Ein

halbes Jahr lang hat er die Patienten der Notaufnahme einer Kölner Klinik nach ihrem Schmerzempfinden und -verhalten befragt und Geschlecht, Alter, Nationalität, Beruf und Familienstand in seine Untersuchung mit einbezogen – mit teils überraschenden Ergebnissen.

„Am erstaunlichsten fand ich, dass arme und ungebildete Menschen deutlich später zur Notaufnahme kamen als Patienten mit höherem Bildungsgrad“, sagte Tunca. Seiner Untersuchung zufolge leiden sozial Schwächere im Durchschnitt zwei Tage länger, bevor sie sich helfen lassen. Außerdem kommen ärmere Menschen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung häufiger in der Notambulanz. Gründe hierfür sieht Tunca in der geringeren Achtsamkeit gegenüber den Zähnen und der großen Angst vor dem Zahnarzt, die in sozial schwächeren Kreisen oft schon Kleinkindern anezogen werde.

Aber es gibt auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Laut Tunca Studie warten Männer länger bis sie zur Behandlung gehen. Ein Test bewies, dass Frauen ihr Zahnweh subjektiv fast doppelt so oft als „sehr stark“ einstufen, wie die befragten Männer. „Lieber kriege ich ein Kind, als dass ich zum Zahnarzt gehe“ sei als Satz gleich mehrmals gefallen. Auch Bildung und Staatsangehörigkeit spielen laut Tunca eine Rolle: „Ausländische Frauen mit Uni-Abschluss empfanden ihren Schmerz am geringsten.“ Zudem stärkt Alter die Tapferkeit. Kein Patient über 55 Jahren ordnete seine Schmerzen als „sehr stark“ ein. Dagegen wählte vor allem die Gruppe der 25- bis 35-Jährigen auf der Skala des persönlichen Schmerzwerts die höchste Stufe. Ein Jugendlicher hatte gar versucht, sein Zahnweh im Haschischrausch zu vernebeln.

# RECHTSBERATUNG FÜR BdZM-MITGLIEDER



Dr. Karl-Heinz Schnieder

## ➤ KONTAKT

kwm – kanzlei für wirtschaft und medizin  
Von-Steuben-Str. 20  
48143 Münster  
Tel.: 02 51/53 59 90  
Fax: 02 51/5 35 99 10  
E-Mail: dr.schnieder@kwm-rechtsanwaelte.de

**(KWM)** Neben unserer Partnerschaft im Finanzdienstleistungssektor freuen wir uns ganz besonders darüber, dass der BdZM seinen Mitgliedern ab sofort auch eine qualitativ sehr hochwertige Rechtsberatung anbieten kann. Als Kooperationspartner haben wir uns für die kwm – Kanzlei für Wirtschaft und Medizin mit Sitz in Münster und Berlin entschieden. Die Kanzlei weist die besten Referenzen im Bereich des Medizinrechts auf – der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) lässt seine Mitglieder z.B. auch von kwm beraten. Ansprechpartner für Medizinrechtsfragen ist Dr. Karl-Heinz Schnieder – zusammen mit zwei Kollegen der Kanzlei Autor des Buches „Zahnarztrecht“ des Springer-Verlages. In Fragen des Hochschulrechts ist Rechtsanwalt Björn Papendorf zuständig.

Die telefonische Rechtsauskunft ist für Mitglieder des BdZM kostenlos. Der BdZM übernimmt diese Kosten für seine Mitglieder. Mit diesem Service soll insbesondere auch den Fachschaften geholfen werden, mit juristischen Problemen umgehen zu können – ganz aktuell ist z.B. das Problem zweier Fachschaften, die im Streit mit dem ASTA (Allgemeiner Studierenden Ausschuss – das „Selbstverwaltungsorgan“ des jeweili-

gen Uni-Standortes) liegen. In einem Fall wurden sogar Ordner aus den Räumen der Fachschaft von Mitgliedern des ASTA beschlagnahmt. Um diesen studentischen „Stasi-Methoden“ vorzubeugen, raten wir allen Fachschaften, sich als eingetragener Verein (e.V.) anzumelden und so eine sichere Rechtsform für die Fachschaftsarbeit zu bekommen. Bei einer Vereinsgründung können der BdZM und die kwm selbstverständlich jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Dr. Schnieder zur Kooperation mit dem Bundesverband der Zahnmedizinstudenten in Deutschland (BdZM) e.V.: „Auch wir von kwm freuen uns über die neue Kooperation mit dem BdZM. Der besondere telefonische Rechtsberatungsservice ist unser Beitrag zur Stärkung des BdZM unter anderem auch innerhalb der Fachschaften. Wir hoffen unseren besonderen fachjuristischen Sachverstand in allen Fragen des Zahnmedizinrechts und auch des Hochschulrechts in die Kooperation einbringen zu können. Sie erreichen uns an unseren Standorten in Münster und Berlin und ab dem 01.10.2005 auch in Hamburg.“

Wenn Ihr juristische Hilfe benötigt, dann schickt einfach eine kurze Mail mit der Darstellung des Problems an: rechtsberatung@bdzm.de

## EU ERKENNT BERUFSQUALIFIKATIONEN AN UND SICHERT QUALITÄTSSTANDARDS

**(BZÄK)** Vertreter der zahnärztlichen Profession werden auch in Zukunft konsultiert, wenn ihre in allen EU-Mitgliedstaaten festgeschriebenen Mindeststandards für Berufsqualifikationen fortgeschrieben werden. Ein entsprechendes Gesetz hat das Europäische Parlament mit eindeutiger Mehrheit in zweiter Lesung beschlossen. Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer und des Dachverbandes europäischer Zahnärzte (DLC), wertet dies als Erfolg der strategischen Allianz der in Brüssel vertretenen europäischen zahnärztlichen Berufsorganisationen und die aller Heilberufe.

Mit der neuen Richtlinie müssen alle Mitgliedstaaten die in anderen EU-Ländern erworbenen Berufsqualifikationen anerkennen, wenn diese gleichwertig oder vergleichbar sind. Damit sollen Hindernisse für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung von

Berufstätigen im EU-Binnenmarkt beseitigt werden. Betroffen sind in Deutschland etwa 150 Berufe. Für einige besonders sensible Berufe, wie etwa Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Krankenschwestern, gelten dabei europaweite Mindeststandards, wie sie seit den 70er Jahren in so genannten sektoralen Richtlinien festgelegt und fortgeschrieben werden. Ein Wettlauf nach unten bei der Qualität ist nach Ansicht von Prof. Sprekels nicht zu befürchten. Wer sich dauerhaft in einem anderen Mitgliedstaat niederlassen möchte, muss gegebenenfalls vorab eine Eignungsprüfung nachweisen oder Fortbildungen absolvieren. Das Qualitätsniveau wird zudem durch ein System der Einstufung der Berufsqualifikationen in fünf Kategorien nach Länge und Niveau der Ausbildung gesichert. Darüber hinaus besteht die Pflicht, Patienten über die eigenen Qualifikationen zu informieren.